

Stadt Waldershof
-Straßenverkehrsbehörde-
Markt 1
95679 Waldershof

Antrag auf Erteilung

einer Sondernutzung auf öffentlicher Verkehrsfläche

gem. Art. 18 Abs. 1 des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes (BayStrWG)

einer verkehrsrechtlichen Anordnung
gem. § 45 Abs. 6 StVO

Ich/Wir beantrage(n) die Erteilung Zur Inanspruchnahme einer öffentlichen Verkehrsfläche

Antragsteller, Name, Vorname, Firma

Anschrift/Telefon

- die Aufstellung eines Baugerüsts
- das Aufstellen von Maschinen (Bagger, Kräne, Betonmaschinen, Bauwagen usw.)
- das Lagern von festen Gegenständen (Erde, Aushub, Baumaterial)

das Anbringen von Schutzvorrichtungen (Bauzäune usw.)

das Anbringen von Warenautomaten

nach Maßgabe folgender, näherer Angaben zu erteilen.

Bezeichnung der Verkehrsfläche: (z.B.: Schillerstraße vor Haus 26)

Aufstellungs- oder Ablagerungsort:

Ausmaß der Aufstellung / Ablagerung: (auch benötigte Fläche)

Zweck / Grund der Aufstellung / Ablagerung:

Beginn:

Voraussichtliche Dauer der Sondernutzung:

Umleitungsstrecke (Straßenbezeichnung und Mehrlänge – Lageskizze anlegend)

Allgemeine Bedingungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Sondernutzung an öffentlichem Verkehrsgrund.

1. Die Verkehrsflächen dürfen nicht mehr und nicht länger in Anspruch genommen werden, als unumgänglich notwendig ist.
2. Die Baustellen müssen bei Tag und Nacht ausreichend gesichert, nach außen abgeschrankt, bei Dunkelheit beleuchtet und mit den amtlichen Verkehrszeichen versehen werden.
3. Der Aufstellungsort / Ablagerungsort muß möglichst rein gehalten werden.
4. Für etwaige Unfälle im Zusammenhang mit der Sondernutzung muß die Haftung übernommen werden.
5. Die Erlaubnisbehörde kann nach Lage der Dinge notwendige weitere Auflagen im Erlaubnisbescheid machen.
6. Bei Nichterfüllung der Bedingungen oder der Auflagen nach Ziff. 9 ist die Erlaubnisbehörde nach vorheriger Androhung der Ersatzvornahme innerhalb angemessener Frist berechtigt, alle erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Erlaubnisinhabers vorzunehmen. Bei Gefahr im Verzug bedarf es keiner vorherigen fruchtlosen Androhung der Ersatzvornahme.
7. Der Erlaubnisnehmer hat bei Widerruf der Erlaubnis oder bei Sperrung, Änderung, Umstufung oder Einziehung der Straße keinen Ersatzanspruch gegen den Träger der Straßenbaulast.
8. Es liegt im eigenen Interesse des Erlaubnisnehmers, daß die Beendigung der Sondernutzung umgehend bei ihrer zuständigen Behörde angezeigt wird, damit Fehlberechnungen und unnötige Rückfragen bei der Bemessung der Gebühren vermieden werden.

Unterschrift des Verantwortlichen

Firmenstempel

Anlagen: